

Vaterschaftsurlaub / Freistellung für zweite Elternteile bei Geburt des Kindes

Empfehlung der vorsorglichen Geltendmachung von Ansprüchen

In Artikel 4 Abs. 1 i. V. m. Artikel 8 Abs. 1 der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie ist die grundsätzliche Verpflichtung normiert, Vätern oder nach nationalem Recht gleichgestellten zweiten Elternteilen anlässlich der Geburt eines Kindes einen zehntägigen bezahlten Urlaub zu gewähren. Die Vereinbarkeitsrichtlinie war von den Mitgliedstaaten bis zum 2. August 2022 in nationales Recht umzusetzen.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass für Deutschland aufgrund bestehender Regelungen zu Elternzeit bzw. -geld keine Verpflichtung zur Umsetzung bestand. Diese Auslegung ist jedoch umstritten.

Das Verwaltungsgericht Köln hat am 11. September 2025 entschieden, dass ein Bundesbeamter unmittelbar aus der Vereinbarkeitsrichtlinie einen Anspruch auf zehn Tage vergüteten Vaterschaftsurlaub hat und damit der Klage des Beamten gegen die Bundesrepublik Deutschland als seinem Dienstherrn stattgegeben.

Das Landgericht Berlin II hat hingegen am 1. April 2025 die Klage eines Arbeitnehmers auf Schadensersatz wegen fehlender Umsetzung der Vereinbarkeitsrichtlinie mit Hinweis auf die bestehenden Regelungen zu Elternzeit und Elterngeld abgewiesen.

Beide Urteile sind noch nicht rechtskräftig!

Für Beamtinnen und Beamten empfehlen wir werdenden Vätern bzw. gleichgestellten zweiten Elternteilen, für die Zeit ab der Geburt einen Antrag auf Bewilligung der 10-tägigen Freistellung zu stellen; hilfs-

weise sollte Erholungsurlaub beantragt werden. Gegen die Ablehnung des Vaterschaftsurlaubs sollte Widerspruch eingelegt werden mit der Bitte, bis zu einer obergerichtlichen Entscheidung das Widerspruchsverfahren ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und dies entsprechend schriftlich zu bestätigen.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln gilt unmittelbar nur für den zugrundeliegenden Fall des Bundesbeamten. Dennoch könnten sich - sollte das Urteil rechtskräftig werden - auch Ansprüche für Tarifbeschäftigte ergeben.



Wir empfehlen den betroffenen Tarifbeschäftigten daher, vorsorglich anlässlich der zukünftigen Geburt ihres Kindes beziehungsweise anlässlich von Geburten in den letzten sechs (aufgrund der Ausschlussfristen im Tarifvertrag) Monaten vor Geltendmachung einen Antrag auf

Gewährung von Vaterschaftsurlaub / Urlaub für gleichgestellte zweite Elternteile zu stellen. Von einem möglichen Anspruch wäre ein bewilligter Tag Arbeitsbefreiung nach § 29 Abs. 1a BBkTV abzuziehen. Sollte der Antrag abgelehnt werden, muss die Arbeit aufgenommen werden; es kann stattdessen Erholungsurlaub beantragt werden.

Muster für Widerspruch und Klage für Beamtinnen und Beamte sowie ein Musterantrag für Tarifbeschäftigte stellen wir Ihnen im Mitgliederbereich auf unserer Homepage (www.bundesbankgewerkschaft.de) zur Verfügung. Abschließend erlauben wir uns den Hinweis, dass unser Dachverband nur eine begrenzte Anzahl von Musterklagen unterstützen wird.